

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Beobachtung: Nachrichten Dresden
Bemerkungen: Sammelnummer: 85841
Preis für Rechteinhaber: Mr. 50011
Schriftleitung u. Hauptredaktion: Dresden - W. L. Marienstraße 26/48

Bezugserklärung bei Reichspost: Ausstellung monatlich 8.10 Krt. (einzelne Blätter 10 Pf. für Kunden), durch Postkarte 8.10 Krt. einzeln 10 Pf. Postkarte (ohne Bezahlungsaufdruck) bei 1 mal wöchentlichem Bericht, Blattnummer 10 Pf. Abgangspreise: Die einzelpreis 10 Pf. bei Seite 25 Pf., für aufkosten 40 Pf., bis 90 mm breite Blattmaße 200 Pf., über 250 Pf. abg. Zeitungsblatt 10 Pf. Zeitungsmagazin und Stellensuchte ohne Heft 15 Pf., außerhalb 10 Pf. Zeitungsaufdruck 30 Pf. Rundschlagschulden gegen Bezahlung.

Druck u. Verlag: Diederich & Weißhardt,
Dresden. Postfach 810, 1065 Dresden
Nachdruck nur mit best. Quellenangabe
(Dresden, Baden) willig. Unterlängige
Schriftzüge werden nicht aufgedruckt

Richtlinien der kommenden Steuerreform Schutz dem Mittelstand - Hebung der Kaufkraft

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 13. April. Der neue Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Heinrich, gewährt einem Pressevertreter eine Unterredung, in der er unter anderem erklärt, daß mit der Weitheit der Steuerrechte und mit der Kompliziertheit des Steuerrechts Schluß gemacht werden müsse. Die Steuern müßten sozial gerecht und wirtschaftlich tragbar sein. Steuererhöhungen, die geeignet sein könnten, eine neue Belastung der breiten Masse des deutschen Volkes herbeizuführen und Kaufkraftschwälerung zu bewirken, seien nicht geplant. Gegenwärtig befindet sich ein Geleis

zum Schluß des mittelständischen Einzelhandels

In Vorbereitung. Danach werde eine Mittelstandssteuer, die auf Warenhäuser und Dienststellen umgelegt werde, ebenfalls für das gesamte Reich eingeführt werden. Die Steuer, die nach dem Umfaß bemessen sei, werde sämtliche Warenhäuser und Handelsbetriebe so treffen, daß ihre wirtschaftliche Vormarktstellung im Interesse des Mittelstandes gehoben werde. Es sei selbstverständlich, schloß der Staatssekretär,

dab die kommende große Steuerreform eine gerechte Verteilung der Gewinne und Kosten bringen werde.

Leitgedanke werde dabei sein, die Kaufkraft der Gesamtheit der wirklichen Massen unseres Volkes zu

heben. Die Erhöhung der Kaufkraft durch steuerpolitische Maßnahmen werde sich insbesondere in Preissenkungen äußern, für die durch diese Maßnahmen die notwendigen Voraussetzungen geschaffen würden.

Ausbau der Sport- und Gesundheitspflege

Berlin, 13. April. Anlässlich des Rücktritts von Exzellenz Lewald von der Leitung des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen wird in unterschiedlichen Kreisen erklärt, daß die Frage, ob der Reichsausschuß als solcher bestehen bleiben sollte, noch nicht entschieden sei; da jedoch im Reichssinnministerium ein großzügiger Ausbau der Betreuung des Sportlebens bevorstehe, könne angenommen werden, daß

der Reichsausschuß als Institution überflüssig

sei. Mit diesem Gedankengang kann man wohl auch das Erleben des Reichssinnministers in Verbindung bringen, vorläufig an Stelle von Exzellenz Lewald keinen Nachfolger zum Präsidenten des Reichsausschusses zu bestimmten. Minister Erhard will sich absolut freie Hände für die zukünftige Pflege des Sportwesens behalten. Der Minister dürfte sich mit diesen Dingen beschäftigen, sobald die zahlreichen dringenden staatspolitischen Aufgaben ihm Zeit dazu lassen.

Der Fortgang der Hochschulreform

Reichsgesetz in Vorbereitung

Berlin, 13. April. Es ist damit zu rechnen, daß das Reichskabinett bereits in seiner nächsten Sitzung, also am Mittwoch kommender Woche, eine im Reichsinnenministerium ausgearbeitete Vorlage verabschieden wird, die den

Numerus clausus für die Zulassung jüdischer Studenten

zu den deutschen Universitäten und Hochschulen feststellt. Es ist daran gedacht, in Zukunft jüdische Studenten nur noch innerhalb einer bestimmten Quote an den Hochschulen zugelassen, entsprechend dem prozentualen Anteil der Juden in der Gesamtbevölkerung. Der Gesetzentwurf selbst dürfte die Quote zahlenmäßig noch nicht feststellen. Das wird wahrscheinlich in einer Ausführungsverordnung geschehen. In der Ausführungsverordnung dürfen auch Auslassungen darüber enthalten sein, ob und welche Maßnahmen gegenüber den jetzt bereits bei den deutschen Hochschulen eingeschriebenen jüdischen Studenten unternommen werden sollen.

Weiter wird das Reichskabinett in seiner nächsten Sitzung durch ein ganz kurzes Maßregelgesetz, das nur aus wenigen Paragraphen besteht, das neue

preußische Studentenrecht für das ganze Reichsgebiet verfügen. Das neue Staatsbürgergesetz, dessen Vorarbeiten erst nach Ostern beginnen werden, wird dennoch bereits in wenigen Wochen verabschiedet werden können, da das Reichskabinett bzw. das zuständige Reichsinnenministerium sich hinsichtlich der Einzelheiten auf Vorarbeiten stützen kann, die die Hochreferate in der NSDAP bereit gestellt haben.

Ein Erlass Kerrls

Berlin, 13. April. Der preußische Justizminister Kerrl hat verkündt, daß die allgemeine Verbürgung vom 6. Oktober 1930 über die Ablehnung von Richtern wegen Belörnis, das Belangenheit außer Kraft gelegt werde. Die nun mehr bestätigte allgemeine Verbürgung spricht aus, daß es nicht ohne weiteres möglich sei, jüdische Richter allein wegen ihrer Zugehörigkeit zum Judentum mit dem Einwand der Belörnis der Belangenheit abzulehnen. Was in der Praxis sehr schon allenfalls durchgeführt wurde, daß nämlich Angekladete mit ihrem Wunsch nach Ablehnung jüdischer Richter Erfolg hatten, ist durch den Justizminister nun legalisiert worden.

Hitler-Geburtstagsspende für Bedürftige

Berlin, 13. April. Der "Völkische Beobachter" veröffentlicht folgenden Aufruf: "Der Geburtstag des Reichskanzlers Adolf Hitler am 20. April wird dem Wunsch des Führers entsprechend ohne prunkvolle Feierlichkeiten begangen, die dem Charakter seiner nationalsozialistischen Bewegung und der Not des deutschen Volkes nicht entsprechen.

Im Sinne des Führers aber ruft die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei alle besitzenden Schichten, insbesondere alle Arbeitgeber, Unternehmer, Handwerke, Geschäftsfleute usw. zum freudigen Geben. Am 20. April soll niemand in Deutschland Hunger leiden.

Am 20. April muß jeder Deutschnachrichten nach bestem Können Not lindern. Es soll das deutsche Volk der Welt den Sozialismus der Tat zeigen." — Wie weiter mitgeteilt wird, werden unter Leitung der NSDAP Sammellestellen eingerichtet, die Lebensmittel und Geld in Empfang nehmen. Die Spender werden in Alten vermerkt und erhalten Quittungen. Die Verteilungskassen geben allen bedürftigen Volkslohnempfängern usw. usw.

Volle Lohnzahlung am 1. Mai

Berlin, 13. April. Die Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz über den Feiertag der nationalen Arbeit werden auch die Frage der Lohnzahlung am 1. Mai regeln. Für den 1. Mai wird auch für die Arbeiter, die im Stun-

denlohn beschäftigt sind, der volle Lohn ausgeschüttet werden.

Der Reichskanzler in München

München, 13. April. Adolf Hitler, der am Dienstagabend in München eingetroffen ist, hat den Mittwoch in der Landeshauptstadt verbracht. Über die Weiterfahrt des Kanzlers nach Oberholzberg bei Freisingen, wo der Kanzler die Feierstage verbringen wird, steht noch nichts fest.

500 Arbeitsdienstwillige erkranken

Bingen, 13. April. Ein ungewöhnlicher Vorsatz spielt sich am Mittwoch im Lager Bismarckhöhe des freiwilligen Arbeitsdienstes ab. Als nach dem Essen die Mannschaft antrat, wurden mehrere junge Leute ohnmächtig und fielen um. Einer von ihnen verlor sich bei dem Sturz schwer den Kopf.

Von der gesamten Besetzung von 500 Mann war am

Mittwoch nicht einer mehr gesund.

Die Lagerleitung hat sofort eine Untersuchung eingeleitet und gibt über das Ergebnis folgenden Bericht: Nach den Vergiftungserscheinungen, die sich bei der Mannschaft einstellten, wurde die Karte und das Bett von dem die Leute genossen hatten, von dem Nahrungsmitteluntersuchungsamt in Kreuznach untersucht und als einwandfrei bestimmt. Das Brot dagegen wurde als nicht einwandfrei festgestellt. Zum Brot waren schlechtes Mehl verwendet worden. Sämtliche Vorräte wurden inzwischen beschlagnahmt. Die Mannschaft ist wiederhergestellt.

Das Ende der SPD

Berlin, 13. April. Der Fall der SPD schreitet, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet wird, unaufhaltlich fort. Eine ganze Reihe von sozialdemokratischen Organisationen hat sich bereits aufgelöst. Andere werden in kürze denselben Weg gehen. Verschiedene sozialdemokratische

Parteien haben den Konkurs angemeldet.

Die Austritte aus den sozialdemokratischen Organisationen mehren sich täglich. Die noch verbliebenen Mitglieder weigern sich, Beiträge zu zahlen, ehe nicht entschieden ist, ob die Partei weiterleben bleibt, oder ob sie der Auflösung verfällt. In vielen sozialdemokratischen Kreisen ist man der Auffassung, daß es das zweckmäßige wäre, eine Selbstauflösung der Partei herbeizuführen. Viele Männer und Frauen, die bisher sozialdemokratisch organisiert waren, sind aufs äußerste entrüstet über das Verhalten der sozialdemokratischen Führer, die zum Teil ins Ausland gegangen sind.

Man ist allgemein erschrocken über die ungeheuren

Korruptionsskandale, die jetzt überall aufgedeckt werden, und bei denen sozialdemokratische Führer oft eine wenig erfreuliche Rolle spielen. Die Frage der Auflösung der Sozialdemokratischen Partei, die völlig den Boden unter den Füßen verloren hat, scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein.

Auflösung der Wirtschaftspartei in Preußen

Berlin, 13. April. Der Erste Vorsitzende der preußischen Organisation der Wirtschaftspartei erläutert einen Aufruf, in dem es zum ersten heißt: Ich fordere die Landesverbände auf, sich unverzüglich aufzulösen und ihre Mitglieder der in der NSDAP verkörperten Kampforganisation zuzuführen. — Wie wir erfahren, dürfen auch die übrigen Landesorganisationen der Wirtschaftspartei dem Beispiel Preußens folgen.

Die DDP in Lippe löst sich auf

Detmold, 13. April. Der Landesverband Lippe der Deutschen Volkspartei gibt einen Beschluss bekannt, in dem es heißt: In Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Wahlkreisorganisation Westfalen-Nord und Süd der Deutschen Volkspartei hat der Vorstand des Landesverbandes Lippe der DDP mit sofortiger Wirkung die Auflösung der Lippschen Landesorganisation der Volkspartei durchgeführt.

Der neue Aufbau des Deutschlandsenders

Berlin, 13. April. Der neue Aufbau des Deutschlandsenders zum repräsentativen Sender des Reiches wird sich in wenigen Wochen vollzogen haben. Das Gebiet der volkstümlichen Unterhaltung soll besonders gepflegt werden, unter Beachtung aller Neuerungen eines echten, urprünglichen Volksstums. Mit der bisherigen militärischen Rundfunkunterhaltung, die der Schredder des Rundfunkbüros geworden war, soll Schlack gemacht werden. Der Deutschlandsender wird an die große Aufgabe herangesehen, in die leere Welt des Senderaumes das echte wirkliche Leben zu zaubern. Es sollen Menschen zu Wort kommen, die bereit und fähig sind, statt eingekürzter Witze und eines abgeleiteten Repertoires

die Tugend urprünglicher Fröhlichkeit

auszuüben und auf alle zu übertragen. Die Tendenz volkstümlicher Unterhaltung soll durch die Ablehnung vom Kultisch bestimmt werden, wie sie vom Reichsminister Dr. Goebbels gefordert wird durch die Ablehnung einer leeren Asphalt- und Salonzkonferenz, von der literatenhaften blättrigen Verfilmung. Vielleicht werden in häufiger Folge an den Nachmittagen Übertragungen von erfolgreichen Bühnenstücken stattfinden, für den Rundfunk gefärbt und dramaturgisch eingerichtet. Für die Bildfläche einer möglichst Programmdauer sollen auf Schallplatten kleine lustige Szenen, Dialoge, Lieder, Einzelvorläufe vorbereitet werden. Es werden besondere Kurzprogramme zusammengestellt werden, die für ein paar Minuten den Hören erfreuen und ablenken können.

Neben den Veranstaltungen einer allgemeinen unbürokratischen, politischen Kabarett geschaffen, das in gleichen Abständen an bestimmten Wochentagen stattfinden soll. Es wird ohne spießige Bedenken und Scheuerflaps eine neue Art politischer Anschauungsumunterricht veranstaltet. Noch einmal wird sich das letzte Jahrzehnt zu einer endgültigen Abrechnung vorstellen mit seinem Irrwahn, Verbrechen und Vongentum.

Volkzählung am 16. Juni

Berlin, 13. April. Das Reichskabinett hat soeben das Gesetz über die Durchführung einer Volks-, Berufs- und Betriebszählung verabschiedet. Die Zählung findet am 16. Juni 1933 im ganzen Reich statt und umfaßt eine Volkszählung, eine Berufszählung, eine Landwirtschaftszählung, eine gewerbliche Betriebszählung. Die näheren Anwendungen an die Gemeinden zur Vorbereitung des Zählgeschäfts geben den Gemeindesärenden in den nächsten Tagen von den zuständigen statistischen Behörden zu.